NIX BRAUDA! PDA BERN

DIE ROTE POST DER PDA BERN ★ NUMMER 2/2026 ★

KONSEQUENTE FRIEDENSPOLITIK

Die Schweizer Regierung befindet sich im Aufrüstungsfieber: Bundesrat Pfister liebäugelt mit einem Rüstungsfond; das "Entlastungspaket 27" soll das Budget trotz massiver Aufrüstung von Defiziten bewahren; Waffenexporte sollen erleichtert werden (ursprünglich eine Idee der SP, um den Wiederexport von Kriegsmaterial an die Ukraine zu bewilligen). Die Aufrüstung wird somit von einem breiten Spektrum, von der moderaten Linken bis hin zur populistischen Rechten rhetorisch unterstützt. Und was ist mit der radikalen Linken in der Schweiz? Ist zumindest sie geeint im Kampf gegen Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und Imperialismus?

Leider muss man diese Frage mit Nein beantworten. Die radikale Linke ist gespalten und verharrt oft in einer liberalen "Demokratie/Autoritarismus"-Analyse und wendet eine oberflächliche oder dogmatische Imperialismus-Definition auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen an, die überall konkurrierende Imperialismen wittert, was zur Verwässerung der Kategorie "Imperialismus" führt.

Es handelt sich dabei um alles andere als ein neues Phänomen. Dass es sich Teile der der Linken Kräfte sehr einfach macht, hat Struktur: Befreiungsbewegungen werden nur unterstützt, solange sie vom Imperialismus mit massiver Gewalt unterdrückt werden. Sobald diese die Macht erobern und unter widrigsten Bedingungen den Sozialismus aufzubauen versuchen, wird ihnen jede Solidarität entzogen.

Während einige scharfe Beobachter den Kontext des belagerten Sozialismus anerkannten, wandten sich andere vom real-existierenden Sozialismus ab, als sei der gewählte Umgang mit internen Widersprüchen der sozialistischen Systeme eine freie Wahl gewesen. Am Ende des Kalten Krieges distanzierten sich auch kommunistische Parteien vom "autoritären Sozialismus" des Ostblocks. Dies war eine fatale Konzession an den liberalen Internationalismus, der die Welt in "demokratische, liberale Gesellschaften" und "autokratische, totalitäre Regimes" unterteilt. Mit dem Ende der Sowjetunion und des sozialistischen Blocks wurden auch die Befreiungsbewegungen, die sich gegen die neokoloniale Unterdrückung durch den westlichen Imperialismus zur Wehr setzten, nachhaltig geschwächt. Der antikoloniale Widerstand wurde, unter Mithilfe eines beträchtlichen Teils der Linken, als rückständig und reaktionär etikettiert; westliche imperialistische Interventionen wurden befürwortet oder schulterzuckend hingenommen.

Während auch heute noch viele marxistische und nicht-marxistische Intellektuelle – von Radhika Desai bis Jeffrey Sachs – den Belagerungszustand von Ländern wie China, Russland, dem Iran und anderen nach Souveränität strebenden Ländern des Globalen Südens zurecht anerkennen (die USA besitzen weltweit etwa 800 Militärbasen), wird die Welt in der WOZ auf den Kopf gestellt (siehe Artikel vom 22. Januar 2026). Hier wird der "russische Imperialismus" als grösste Gefahr dargestellt, während die Aggression der USA gegen Venezuela de facto als Befreiung gefeiert wird: "Ich stelle mir vor, ich wäre an der Stelle der Venezolaner:innen: Würde Trump Wladimir Putin entführen, könnte das zu einer Eskalation führen. Aber für einen Moment wäre ich dennoch erleichtert."

Das Resultat dieser Analyse ist die Identifizierung der bösen Autokraten wie Putin oder Maduro auf einer Seite (und somit implizit auch ihre Alliierten, von China bis Kuba), und der guten Demokraten auf der anderen. So wird auch die militärische Intervention auf der Seite der Ukraine gefeiert, ohne einen einzigen kritischen Gedanken über die imperialistischen Ziele der USA zu äussern.

Und welche Implikationen hat die ganze Analyse für die Diskussion um die Aufrüstung in der Schweiz selbst? Selbst diese wird offen begrüsst: "Mag sein, dass man tatsächlich Geld für Verteidigung inklusive Waffen ausgeben muss. Aber im Kriegsfall braucht es auch funktionierende Spitäler, man muss in der Lage sein, die Versorgung stark hochzufahren." Ist das eine linke Art der Kriegsvorbereitung? Aufrüsten ja, aber bitte auch die Spitäler finanzieren, damit das Kanonenfutter anschliessend behandelt werden kann.

Sofern die radikale Linke in Zeiten der Kriegsvorbereitung etwas bewirken möchte, braucht sie eine prinzipielle Haltung in ihrer Friedenspolitik. Die PdAS diskutiert gegenwärtig über eine Friedensresolution, die diese zentralen Aspekte analysiert. Die Resolution soll verdeutlichen, dass die PdAS die einzige nationale Partei ist, die konsequent für Frieden und gegen das imperialistische Hegemoniestreben der USA kämpft.

2. Februar 2026, Timeo Antognini, Co-Präsident PdAS

GRÜNE BEUGEN SICH DEM DRUCK DER SP – DIE PARTEI DER ARBEIT BLEIBT KONSEQUENT!

Nach dem Zögern der Sozialdemokratischen Partei (SPS) haben nun auch die Grünen auf das Referendum gegen das «Entlastungspaket 27» verzichtet. Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS), die sich von Beginn an in der Allianz für das Referendum engagiert, kritisiert das Verhalten der beiden Parteien und ruft zu einem Bündnis gegen die Sparmassnahmen auf.

Die Partei der Arbeit der Schweiz hat von Anfang an den Kampf gegen die Sparpläne des Bundes aufgenommen. Sie hat die Bevölkerung zu Protesten auf den Strassen aufgerufen und sich von Beginn an für das Referendum gegen das «Entlastungspaket 27» eingesetzt. So war sie auch ein aktiver Teil der Allianz, die das Referendum vorbereitete.

Bereits letzte Woche hat die PdAS ihre Kritik am Verhalten der Sozialdemokratischen Partei (SPS) zum Ausdruck gebracht, die durch ihre Zurückhaltung die Allianz gegen das Referendum geschwächt hatte. Nun hat uns am Montag die unerwartete Nachricht erreicht, dass auch die Grünen auf das Referendum verzichten. Die PdAS kritisiert diesen plötzlichen Rückzieher der Grünen, die sich der Druckkampagne der SPS beugen und die restliche Allianz in einer fast unlösbaren Situation zurücklassen, so dass sich die meisten anderen Organisationen ebenfalls zurückgezogen haben.

SPS und Grüne haben durch ihre Ablehnung des Referendums den Kampf gegen die Sparmassnahmen nachhaltig geschwächt und die Bevölkerung im Stich gelassen. Da die Rechte im Parlament über eine deutliche Mehrheit verfügt, ist es illusorisch zu glauben, dass wesentliche Änderungen ausgehandelt werden könnten. Die bürgerliche Linke trifft daher die bewusste Entscheidung, jeglichen Kampf gegen diese Kürzungen aufzugeben, unter denen zahlreiche Bereiche leiden werden, allen voran der Klimaschutz, der Asylbereich, der Service Public, die Forschung, das Bundespersonal und die Studierenden werden unter diesem Abbaupaket besonders leiden.

«Wenn die SP und die Grünen dem Druck der Rechten so leicht nachgeben, kann die Bevölkerung ihnen nicht vertrauen», empört sich Timeo Antognini, Co-Präsident der PdAS.

Angesichts des Angriffs der bürgerlichen Parteien, allen voran der SVP, der FDP und der Mitte, hat die PdAS zu einer geeinten Linken im Kampf gegen die Austerität aufgerufen. Die unverständlichen Entscheidungen von SPS und Grünen zeigen jedoch, dass nur die PdAS als Partei einen wirklich konsequenten Kampf gegen die Sparmassnahmen und gegen die Aufrüstung führt.

Die PdAS hat nicht die Kraft, das Referendum allein zu lancieren. Sie ruft jedoch die Bevölkerung und alle verbündeten Organisationen dazu auf, ein Bündnis gegen die Sparmassnahmen zu bilden, um langfristig gegen diese zu kämpfen.

18. März 2026, Partei der Arbeit Schweiz

BILATERALE III: DIE PdAS WIRD SIE IN DER ABSTIMMUNG BEKÄMPFEN.

Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) lehnt die vom Bundesrat unterzeichneten Bilateralen III ab. Diese Abkommen gefährden die Souveränität der Schweiz und führen zur Übernahme einer neoliberalen Gesetzgebung, die den Dienstleistungssektor bedrohen würde. Die PdAS wird sich in den Abstimmungen für ein Nein einsetzen.

Die Partei der Arbeit der Schweiz nimmt den Entscheid des Bundesrat zur Kenntnis, das Paket von Abkommen mit der EU (Bilaterale III) zu verabschieden und an das Parlament zu überweisen. Eine Volksabstimmung könnte frühestens 2027, wahrscheinlicher jedoch 2028 stattfinden.

Die PdAS bekräftigt ihre Ablehnung dieses Abkommenspakets und wird es in der Abstimmung bekämpfen. Die mit der EU ausgehandelten Ausnahmen sind weniger schlecht als das gescheiterte Rahmenabkommen, aber sie sind nichts anderes als Ausnahmen innerhalb einer unveränderten, inakzeptablen Logik. Es bleibt immer noch ein Mechanismus, der die Schweiz verpflichtet, ihr Recht in den von den Abkommen erfassten Bereichen einseitig «dynamisch» an jenes der EU anzupassen – im Gegenzug für den Zugang zum EU-Binnenmarkt. Dies unter Androhung von «Ausgleichsmassnahmen» (konkret: Vergeltungsmassnahmen) seitens der EU.

Alexander Eniline, Co-Präsident der PdAS, erklärt: «Mit einer solchen einseitigen Übernahme eines fremden Rechts und seiner zukünftigen Entwicklung, als Verpflichtung und unter Androhung von Vergeltungsmassnahmen, würde die halbdirekte Demokratie ihren Sinn verlieren, und die Souveränität der Schweiz hätte kaum noch reale Bedeutung.»

Es handelt sich auch um die Übernahme eines grundsätzlich neoliberalen Rechts – wie es die Gründungsverträge der EU vorsehen –, das weitgehend von technokratischen Instanzen ohne demokratisches Mandat beschlossen und den Nationen aufgezwungen wird. Die Art und Weise, wie die EU die Mitgliedstaaten unter Vormundschaft gestellt und ihnen brutale Sparprogramme auferlegt hat – insbesondere Griechenland, um dessen Bevölkerung für «falsches» Abstimmen zu bestrafen –, zeigt ihr wahres Wesen auf. Eine noch weitergehende Liberalisierung des Marktes, die Infragestellung von Regulierungen und öffentlichen Dienstleistungen im Namen des im EU-Recht verankerten neoliberalen Korsetts – das ist keine Zukunft, die wir wollen.

Das Stromabkommen ist besonders inakzeptabel. Es beinhaltet eine vollständige Marktöffnung, was die öffentlichen Strommonopole und die öffentlichen Dienstleistungen in diesem Bereich gefährdet. Eine Marktöffnung, die an sich schon unzulässig ist, und dies umso mehr in Zeiten der Klimakrise. Energie ist ein strategischer Sektor, der langfristig durch die öffentliche Hand geplant werden können muss.

Man hört, eine Annäherung an die EU sei angesichts der USA unter Donald Trump unerlässlich. Die PdAS weist diese Behauptung zurück: Die EU stellt keineswegs ein Bollwerk gegenüber den USA dar, sondern ein Gefüge von Ländern, die dem Imperium untergeordnet sind. Als Donald Trump seine Zölle einführte (die inzwischen von seinem eigenen Obersten Gericht als rechtswidrig anerkannt wurden), beeilte sich die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, statt ihm die Stirn zu bieten, in einen privaten Golfclub des US-Präsidenten zu reisen, um dort ein Unterwerfungsabkommen zu unterzeichnen. Die EU und die meisten Regierungen ihrer Mitgliedstaaten haben nichts gegen den verbrecherischen Krieg einzuwenden, den die USA und die zionistische Entität Israel gegen Iran und den Libanon führen – wenn sie ihn nicht sogar unterstützen. Und als eines ihrer Mitgliedsländer, Spanien, der Trump-Regierung endlich die Stirn bot, erhielt es kaum Unterstützung von Seiten der EU.

Nichts ist wertvoller als Unabhängigkeit und Freiheit. Wenn wir nicht wollen, dass die Zukunft unseres Landes von Eurokrat:innen – und den kapitalistischen Lobbys, für die sie arbeiten – bestimmt wird, wenn wir die Schweiz zu einem gerechteren Land machen wollen, als sie es heute ist, müssen die Bilateralen III abgelehnt werden.

23. März 2026 , Partei der Arbeit der Schweiz

WO BLEIBT DIE FRIEDENSBEWEGUNG?

Eine neue Welle der Aufrüstung hat Europa erfasst. Es ist nicht die erste, die der Kontinent seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erlebt. Nach zwei verheerenden Kriegen konnte 1962 im Rahmen der Kuba-Krise und in den 80er-Jahren nach dem NATO-Doppelbeschluss ein neuer grosser Krieg nur knapp verhindert werden.

Die grössten Parallelen zur heutigen internationalen Lage können in den 80er-Jahren beobachtet werden. Auch damals nahmen die Spannungen zwischen den Grossmächten zu. Die USA wollten nach ihrer Niederlage in Vietnam ihre Vormachtstellung neu behaupten und trieben die Aufrüstung des westlichen Blocks voran. Gleichzeitig spielte ihnen die sowjetische Intervention in Afghanistan in die Karten, das "sowjetische Vietnam", das sogleich zu einem Stellvertreterkrieg wurde, in dem die USA die rebellierenden Mudschahedin unterstützten. Die wirtschaftlichen Krisen der 70er-Jahre stellten den sozialdemokratischen Kompromiss in Europa infrage und öffneten das Feld für die reaktionärsten Kräfte des Kapitalismus mit ihrer neoliberalen Agenda. Einher ging dieser Umschwung mit einer massiven Aufrüstung und militärischen Interventionen, die insbesondere von der Reagan-Regierung vollzogen wurden.

Heute ist die Situation ähnlich. Das kriselnde US-Imperium versucht mit allen Mitteln – in erster Linie mit kriegerischen – seinen Niedergang aufzuhalten. Wieder haben die reaktionärsten Kräfte der Bourgeoisie die Macht an sich gerissen. Sie verarmen die eigene Bevölkerung und überziehen gleichzeitig die Welt mit Krieg. Das Soziale muss bluten, um die fortschreitende Aufrüstung zu finanzieren. Der russische Angriff auf die Ukraine wurde zur Gelegenheit für die USA und ihre Alliierten, Russland in einem neuen langen Krieg festzusetzen, der wiederum als beste Ausrede für die Aufrüstung ausgenutzt werden konnte. Das "Imperium des Bösen", wie Reagan die Sowjetunion nannte, ist heute zur "Achse der Autokraten" geworden, wie die neokonservative Historikerin Anne Applebaum Russland, China, den Iran, Kuba und so weiter nennt.

Es gibt jedoch ein paar grosse Unterschiede zu den 80er-Jahren. Nach dem Doppelbeschluss der NATO formierte sich eine gigantische europäische Friedensbewegung, die sich gegen die nukleare Aufrüstung Europas stellte und ein blockfreies und friedliches Europa forderte. Der Antikommunismus, der die Friedensbewegung lange gelähmt und gespalten hatte, hatte an Schlagkraft verloren, was ein breites Bündnis ermöglichte. So kämpften in diesen Jahren kommunistische Parteien (in erster Linie die italienische), Sozialdemokraten, Grüne bis hin zu antikommunistischen Menschenrechtsorganisationen für nukleare Abrüstung und friedliche Koexistenz in Europa.

Heute hingegen ist die Friedensbewegung in einer ganz anderen Lage. Anders als in den 80er-Jahren herrscht in Europa und der Schweiz wieder ein extrem repressives Klima, das die Einheit der Friedensbewegung erschwert. Dieses Klima ist nicht mehr vom alten Antikommunismus geprägt, sondern von einer kruden Russophobie, die jede Friedensbemühung als potenzielle russische Unterwanderung sieht. Wie im frühen Kalten Krieg, als der Antikommunismus besonders virulent war, ist die Friedensbewegung aufgrund dieser repressiven Atmosphäre gespalten. Grundsätzlich erinnert die internationale Lage an die 80er-Jahre, allerdings mit einer Russophobie, die dem Antikommunismus von 1956 (nach der sowjetischen Intervention in Ungarn) ähnelt.

Angesichts der massiven Aufrüstung, die heute unseren Sozialstaat bedroht und uns in einen grossen Krieg hineinziehen könnte, kann die Friedensbewegung nicht auf bessere Zeiten warten. Schon heute muss sie einen gemeinsamen Nenner für die Zusammenarbeit finden. Dieser gemeinsame Nenner ist weiterhin die Ablehnung der Aufrüstung und der damit verbundenen Austeritätspolitik, die Ablehnung von Militärbündnissen, die Stärkung der UNO und der Kampf gegen illegale Kriege.

Im Kampf für den Frieden darf man nicht sektiererisch sein, sondern muss mit allen zusammenarbeiten, die in einer gegebenen Situation gegen Krieg und Aufrüstung kämpfen möchten. Es ist eine grosse Aufgabe der nächsten Jahre, auch in der Schweiz eine solch breite Allianz gegen Aufrüstung und Sparmassnahmen auf die Beine

zu stellen, die trotz Meinungsverschiedenheiten in diesen Fragen ihre Kräfte sammelt und somit politischen Druck erzeugt. Ein Leitmodell bleibt dabei die vorbildliche Rolle der Italienischen Kommunistischen Partei (PCI) im Rahmen der europäischen Kampagne für nukleare Abrüstung (END) der 80er-Jahre.

Timeo Antognini, Co-Präsident PdAS

DIE KLIMAKRISE UND DER AUFSTIEG DER EXTREMEN RECHTEN

Zum Abschluss unserer Veranstaltungsreihe zum Thema «80 Jahre Befreiung von Faschismus und Krieg» hielt unser Genosse Jérôme einen Vortrag über die Zusammenhänge zwischen der Klimakrise und dem Aufstieg des Rechtsextremismus. In diesem Vortrag ging es insbesondere um die Krise unseres Wirtschaftssystems, die es ermöglicht, die beiden genannten Phänomene zu verstehen und einen Ausweg aufzuzeigen: den Übergang zu einer Planwirtschaft im Dienste der Mehrheit. Wir veröffentlichen hier einen Auszug aus seinem Vortrag.

Die Vorstellung, dass eine Überwindung des Kapitalismus notwendig ist, um die Klimakrise zu stoppen, ist heute in ökologischen Kreisen weit verbreitet. Darum möchte ich nun auf zwei wesentliche solche Ansätze eingehen, die sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben: Degrowth und Ökomodernismus. Worum handelt es sich dabei?

Degrowth-Vertreter betrachten die Klimakrise zunächst unter dem Aspekt des Wirtschaftswachstums und dessen vermeintlicher Grenzen. Diese Sichtweise geht davon aus, dass der Kapitalismus zwangsläufig auf materiellem und energetischem Wachstum beruht. Dieses kann somit nicht aufrechterhalten werden, ohne die Grenzen des Planeten zu überschreiten. Wie Jason Hickel, ein wichtiger Vertreter dieser Bewegung, schreibt: «Wachstum ist so tief in unserer Wirtschaft und Politik verankert, dass das System ohne es nicht überleben kann. (...) Im Kapitalismus ist Wachstum nicht nur ein optionales Merkmal der menschlichen Gesellschaftsordnung, sondern ein Imperativ, dessen Geiseln wir alle sind.»

Die Lösungsansätze die, die Degrowth-Vertreter verteidigen sind vielfältig. Sie enhalten jedoch oft Forderungen nach Reduzierung der Material- und Energieflüsse im imperialistischen Kern («imperial core»), nach ökologischen und klimatischen Reparationen, nach Technologietransfer, nach einer globalen Konvergenz in Entwicklungsfragen und nach einer Reduzierung des individuellen Konsums in den Ländern des Nordens. Diese Aspekte werden zudem oft mit der Forderung nach dem Ausbau grüner Industrien und Energien, nach gemeinschaftlichem Eigentum, nach einer Verkürzung der Arbeitswoche und nach demokratischer Planung kombiniert.

Ökomodernisten unterscheiden sich von den Degrowth-Befürwortern durch eine positivere Einstellung zu Wachstum, Fortschritt und Technologie. Sie sind nicht unbedingt gegen ein Wachstum der Materialströme und des Konsums in bestimmten Sektoren. Ihre Vision basiert auf den Möglichkeiten, die die Technologie bietet, und insbesondere auf der Möglichkeit einer Trennung von Produktion und Treibhausgasemissionen.

Um aus der Klimakrise herauszukommen, befürworten sie massive Investitionen in grüne Technologien sowie eine radikale Machtumverteilung innerhalb der Gesellschaft. Diese Lösungsansätze werden manchmal auch in Form eines politischen Programms für einen «Green New Deal» zusammengefasst. Die vorgeschlagenen Programme unterscheiden sich jedoch grundlegend vom grünen Kapitalismus, in dem sie eine radikale Umverteilung der Macht fordern. Denn für die Ökomodernisten ist die Machtverteilung im Kapitalismus das größte Hindernis für die Lösung der Klimakrise und nicht das Wachstum selbst.

Beide Sichtweisen haben Stärken und Schwächen, und ich bin der Meinung, dass eine ernsthafte politische Ökologie eine Synthese dieser Ansätze sein muss. Der Vorzug der Degrowth-Theorien besteht darin, dass sie die imperialistische Weltordnung berücksichtigen und

Kritik an bestimmten Aspekten der Technologie üben. Der Ökomodernismus hingegen liefert nützliche Strategien zur Mobilisierung der arbeitenden Klasse und betont die Notwendigkeit, im Rahmen der gegebenen Entwicklungsbedingungen zu handeln. Sicher ist jedenfalls, dass beide Ansätze eine Neuausrichtung der Wirtschaft und der Produktion auf andere Ziele als die Kapitalakkumulation erfordern.

Doch diese Transformation der Wirtschaft wirft zahlreiche Probleme auf. Das Hauptproblem besteht darin, dass die wirtschaftliche Macht weder bei der Bevölkerung noch beim Staat liegt, sondern in den Händen der Kapitalisten. Die Verteilung dieser Macht in der Gesellschaft ist auf die Kapitalakkumulation ausgerichtet. Soziale und ökologische Bedürfnisse werden nur unter dem Blickwinkel des Profits berücksichtigt. Daher besteht das Ziel einer antikapitalistischen Ökologie nicht nur darin, Wege zur «Planung» der Wirtschaft zu finden, sondern auch dafür zu sorgen, dass diese Planung mit einer Demokratisierung der Produktion einhergeht. Es ist auch dieser Ansatz, der es uns ermöglichen wird, der Entwicklung zu einer mehr oder weniger faschistischen «Kriegswirtschaft» direkt entgegenzuwirken. Diese wenigen Punkte ermöglichen es somit, die grundlegende Forderung zur Überwindung der Krisen zu formulieren: nähmlich der Übergang zu einer Planwirtschaft im Dienste der Mehrheit.

In antikapitalistischen Programmen können sich so die technischen und «organisatorischen» Vorschläge des kapitalistischen «Green New Deal» als interessant erweisen. Sie müssen jedoch mit einer Demokratisierung der Produktion und einer Verbesserung der Lebensqualität der Mehrheit einhergehen. Wie Samuel Decker betont, geht es zur Erreichung dieses Ziels darum: «in soziale Konflikte einzugreifen, die mit Preisanstiegen, sozialer (Um-)Verteilung, Wasser- und Nahrungsmittelknappheit, dem Wettrüsten, Krieg und autoritären Tendenzen zusammenhängen.» So bauen wir die materiellen Basis für eine antifaschistische Umweltpolitik.

1. MAI-FEIER 2026

Ab 16.00 Uhr Besammlung Kramgasse
16.30 Uhr Abmarsch
17.00 Uhr Reden Bundesplatz
Im Anschluss Fest auf dem Bundesplatz
Risotto mit Maibändel gratis / Getränke-, Verpflegungs- und Info-Stände

Kommt zum Infostand der PdA Bern!



Impressum:

PdA POP Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern
www.pdabern.ch / www.popbienne.ch
mail@pdabern.ch
Kontonummer: 30-26786-9
IBAN: CH51 0900 0000 3002 67869